

BÜRGER GEGEN BIOETHIK

KRITIK-KOORDINATION ZUR GEPLANTEN BIOETHIK-KONVENTION

c/o Ursel Fuchs Kaiser-Wilhelm-Ring 19 40 545 Düsseldorf T/Fax 0211 - 55 10 37

März 1998

Millionen gegen die Bioethik-Konvention

Dem Appell der Kritik-Koordination „Bürger gegen Bioethik“ mit der Forderung „Stopp für Ratifizierung der Bioethik-Konvention“ trat auch der Deutsche Frauenrat bei, Mitglied der Europäischen Frauenlobby und mit Beraterstatus II beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen vertreten. Der Deutsche Frauenrat vertritt durch seine 52 Mitgliedsorganisationen in Deutschland rund 11 Millionen Frauen - ein Drittel der weiblichen Wahlbevölkerung. Weiterhin schlossen sich dem Protest letztlich an die Lagergemeinschaft Auschwitz, Freundeskreis der Auschwitzler e.V., sowie die Internationale Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e.V.

Allein im letzten Vierteljahr haben über 100 namhafte und mitgliederstarke Behinderten-, Patienten- und Selbsthilfegruppen mit hunderttausenden von Betroffenen und Angehörigen, ca. 10.000 Bürgerinnen und Bürger und viele Initiativen den Appell unterzeichnet. Der millionenfache Protest seit 1994 gegen die umstrittene ‘Menschenrechtskonvention zur Biomedizin’ des Europarates zeigt eindrucksvoll, daß das hier nicht die Rede sein kann von einer „kleinen Anzahl kompromißloser Konventionsgegner“, wie Bundesjustizminister Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig die Protestbewegung bezeichnet.

Zentraler Artikel der nach wie vor umstrittenen Bioethik-Konvention ist nichttherapeutische Forschung an und Entnahme regenerierbarer Gewebe von sog. nichteinwilligungsfähigen Menschen zum Nutzen Dritter. Nicht einwilligungsfähig sind u.a. Neugeborene, Kinder, Bewußtlose, geistig behinderte Menschen, Altersdemenzranke, Komapatienten und Sterbende. Auch Embryonenforschung erlaubt die Konvention, die außerdem Gentests zur Ermittlung von Trägern, Risiken und Anlagen von vererbaren Krankheiten vorsieht ohne Datenschutz für die Testergebnisse.

Die noch nicht abgeschlossene Unterzeichnerliste umfaßt außer zahlreichen Persönlichkeiten aus Medizin, Theologie, Pädagogik und Politik vor allem Bundes- und Landesvereinigungen von Behindertenorganisationen, Patienten- und Selbsthilfevereinigungen: z.B. „Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.“, Sozialverband Reichsbund, Bundesverband der Interessenvertretung „Selbstbestimmt leben“, Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind, Bundesverband Herzranke Kinder, dazu ferner Fachverbände und Einrichtungen von Diakonie und Caritas in den Bundesländern. Auch die Behindertenbeauftragten von Landesregierungen - u.a. von Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Saarland - unterzeichneten, ebenso wie die Initiativen gegen die Bioethik-Konvention, die ihrerseits in den letzten Jahren bereits ca. 1,5 Millionen Unterschriften gesammelt hatten.

BÜRGER GEGEN BIOETHIK

KRITIK-KOORDINATION ZUR GEPLANTEN BIOETHIK-KONVENTION

c/o Ursel Fuchs Kaiser-Wilhelm-Ring 19 40 545 Düsseldorf T/Fax 0211 - 55 10 37

Keine Mindeststandards für Menschenrechte ! Stopp für Ratifizierungsprozeß der Konvention!

Offenbar steht in aller Kürze für die Bonner Regierung die Frage der Unterzeichnung und Ratifizierung der Menschenrechtskonvention zur Biomedizin (Bioethik-Konvention) an . Bevor die Fraktionen des Bundestages und das Bundeskabinett über die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention zur Biomedizin (Bioethik-Konvention) des Europarates beraten, wenden sich Wählerinnen und Wähler u. a. aus gesellschaftlich relevanten Gruppen mit großem Ernst und Nachdruck an die Öffentlichkeit und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Wenn nicht der Dambruch zentraler Werte unserer Verfassung in Kauf genommen werden soll, darf die Bioethik-Konvention auch in ihrer Schlußfassung nicht unterzeichnet und ratifiziert werden: Nach wie vor sind die schwerwiegenden Bedenken, die bislang den deutschen Beitritt verhinderten, nicht ausgeräumt.

Kaum je hat ein völkerrechtliches Übereinkommen so viele Bürger über politische, weltanschauliche und berufliche Grenzen hinweg - dazu zahlreiche Institutionen aus sozialen, medizinischen, kirchlichen und politischen Tätigkeitsfeldern - mit vehementem Protest auf den Plan gerufen wie die geplante Bioethik-Konvention des Europarates, die im April 1994 erst durch die „demokratische Indiskretion“ einer Bürgergruppe in die Öffentlichkeit und politische Debatte kam. Es geht -ähnlich wie bei der UNESCO-Declaration zum menschlichen Genom - um Anwendung von Gentechnik am Menschen, Transplantation u.a. auch von Geweben und Zellen, nicht zuletzt von Embryonen oder Foeten. Die Anwendungsbereiche betreffen Diagnose, Therapie, Experimente und Forschung. Gesetzliche Schutzgarantien für die Schwächsten sollen nun als „Forschungshindernisse“ fallen:

Die Bioethik-Konvention erlaubt nach wie vor

- fremdnützige Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen (z.B. Neugeborenen, Kindern, Geistigbehinderten, Altersdementen, Komapatienten) bei weit, unklar und vage definiertem „Forschungsziel“ und undefiniertem „minimalen Risiko“ und „minimaler Belastung“ (Artikel 17.2)
- die Entnahme von regenerierbarem Gewebe von nicht-einwilligungsfähigen Menschen zu Transplantationszwecken, wobei die Erläuterungen zur Konvention vorsehen, daß es sich „zunächst“ um Knochenmark handele, aber andere Optionen, d.h. auf Haut oder Lebergewebe, ausdrücklich offengehalten werden sollen (Art. 20, Erläuterung Nr. 124)
- verbrauchende Forschung an menschlichen Embryonen, die z.B. bei künstlicher Befruchtung übrig bleiben (Art. 18) (und für Keimbahnforschung unerlässlich sind!)
- Eingriffe in die menschliche Keimbahn nicht nur zu diagnostischen und therapeutischen, sondern auch zu präventiven Zwecken. Die Behauptung, die Konvention verbiete Keimbahneingriffe durch den dürren Zusatz, „ ...wenn der Eingriff nicht darauf abzielt, irgendeine Veränderung des Genoms von Nachkommen herbeizuführen“, kann beliebig umgangen werden, indem wechselnde primäre Ziele vorgeschoben werden (Art. 13) Keimbahntherapie ist lt. Embryonenschutzgesetz verboten.
- eugenische Selektion bei geschlechtsgebundenen Erbkrankheiten durch Tests ebenso wie durch Einstieg in die (lt. Embryonenschutzgesetz verbotene) Präimplantationsdiagnostik.

- Gentests zur Prognose von genetischen Krankheiten, Dispositionen und Anfälligkeiten , u.a. für die gesundheitsbezogene wissenschaftliche Forschung. Ursprünglich vorgesehener Datenschutz wurde in der Endfassung (Nov. 96) vollständig eliminiert.

Wer garantiert noch Schutz der Würde und körperlichen Integrität jedes Menschen,

- wenn ausdrücklich die Definition der Begriffe „Mensch“ und „jeder“ dem „jeweils nationalen Recht ...zum Zweck der Anwendung der Konvention überlassen“ wird ? (Art.18)
- wenn in Bioethikkonvention wie UNESCO-Declaration mit dem Begriff „intervention = Eingriff“ für alle Handlungen in Diagnose, Therapie und Forschung Unterscheidung und bedeutsame Abgrenzung zwischen diesen Bereichen verwischt werden?
- wenn scheinbar beruhigende Begriffe wie „minimales Risiko“ und „geringfügige Belastung“ fremdnützige Forschung und Entnahme von Transplantationsmaterial bei einwilligungsunfähigen Menschen legitimieren sollen?
- wenn dafür nicht einmal mehr die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, sondern lt. Urtext nur die eines „Vertreters“ (..his or her representative..) (Art. 6.2., 17.1.lit 4, 17.2) verlangt wird? Die Übersetzung des Bundesjustizministeriums legt falsche Schlüsse nahe.
- wenn zwar in Diskussionen Konventionsbefürworter immer wieder auf (Art. 27) „weitere Schutzbestimmungen“ verweisen, diese jedoch für nichteinwilligungsfähige Menschen nicht ins Feld führen und stattdessen für fremdnützige Forschung plädieren?

Wie notwendig ist die Konvention?

Es heißt, die Konvention sei notwendig, um international verbindliche Mindeststandards zu schaffen.

Aber jeder Beitrittsstaat kann nach Art. 36 der Konvention Vorbehalte „zu jeder einzelnen Bestimmung der Konvention anbringen, wenn ein in seinem Hoheitsgebiet geltendes Gesetz nicht im Einklang mit dieser Bestimmung steht“. Wo bleibt da internationale Verbindlichkeit?

Es heißt, gerade osteuropäische Länder brauchten diese Mindeststandards dringend.

Aber erstens wird niemand zur Unterzeichnung gezwungen, und zweitens kamen Forderungen nach mehr Forschungsfreiheit gerade nicht aus osteuropäischen, sondern aus westeuropäischen Staaten.

Ratifizierungs-Druck via Klonverbot-Protokoll

Am 23. 9. 97 billigte die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg ein ad hoc erstelltes Zusatzprotokoll zur Bioethik-Konvention zum Verbot der Klonierung von Menschen. Zunehmend wird seither argumentiert, daß - wer ein Klonverbot wolle - zuvor die Konvention zeichnen müsse. Indessen ist das Klonen (wie auch Keimbahntherapie, verbrauchende Embryonenforschung und Präimplantationsdiagnostik) seit 1991 durch das deutsche Embryonenschutzgesetz verboten. Es besteht also kein Anlaß für Deutschland, sich demonstrativ einem erneuten Verbot anzuschließen, noch dazu um den Preis, sich damit die niedrigeren Mindeststandards aus der Konvention einzuhandeln.

Wo bleibt die Debatte in Öffentlichkeit und parlamentarischen Gremien?

Im April 1997 haben 22 der 40 Europaratsnationen die Konvention unterzeichnet, 18 Staaten - darunter Deutschland - verzichteten darauf aus unterschiedlichen Gründen. Die bisherige deutsche Zurückhaltung wurde folgendermaßen begründet: „*Es besteht das Bedürfnis nach weiteren Diskussionen in den parlamentarischen Gremien und in der Öffentlichkeit, etwa über die Bedeutung der Voraussetzungen, die das Übereinkommen als Mindestschutz bei Forschungsvorhaben mit einwilligungsunfähigen Menschen vorsieht. Zu dieser Frage wird in unserem Land weiter eine intensive Diskussion geführt, an der sich viele Bürger und gesellschaftliche Gruppen beteiligen. Erst nach diesen Erörterungen kann eine abschließende Entscheidung getroffen werden.*“ (Bundesministerium der Justiz, 19. 11. 96) **Seit diesem Datum hat es**

keine öffentliche Debatte, weder im Bundestag noch im Bundesrat, gegeben. Stattdessen wird Druck in Richtung Unterzeichnung ausgeübt.

Wie wird die von den Befürwortern der Konvention gewünschte Akzeptanz erzeugt?

Zum Thema „Öffentliche Diskussion“ empfehlen die Verfasser der Konvention den Vertragsstaaten u.a. (Artikel 28/Erläut. 164 des Erläuternden Berichts), „geeignete öffentliche Diskussionen und Konsultationen,....Ethikkommissionen und Einfluß auf den Ethik-Unterricht in Medizin, Biologie und Gesundheitswesen für Angehörige der Heilberufe, Lehrer und allgemeine Öffentlichkeit“ - im weitesten Sinne also „education“, d.h. Bioethik-Unterrichtung, Belehrung, letztlich Erziehung, wie von der UNESCO bereits global anvisiert.

Akzeptanz wurde ferner besonders zielstrebig - undemokratisch - hergestellt

.... über vertrauliche Hintergrundgespräche mit ausgewählten Kirchenvertretern und Verbands-spitzen: So erteilten der Bundesregierung - vertreten durch die Minister Rüttgers, Schmidt-Jortzig und Seehofer - die drei Glaubensoberen Bischof Lehmann, Bischof Engelhardt und Ignaz Bubis für Katholiken, Protestanten und Juden - „zwar nicht den großen, wohl aber den kleinen Segen“ für den Fall der Ratifizierung. Ähnliche Konsensgespräche wurden mit Vertretern etlicher Behindertenverbände geführt.

.... über Voten zur fremdnützigen Forschung z.B. der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer, der die „Einbeziehung nicht-einwilligungsfähiger Personen in eine solche Untersuchung dann vertretbar (erscheint), wenn der gesetzliche Vertreter... ausreichende Anhaltspunkte hat, um auf ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Untersuchung schließen zu können, und umgekehrt keine widerstrebenden Willensäußerungen des Betroffenen selbst vorliegen“.

.... durch das Konstrukt einer Arbeitsgruppe „Biomedizin“ beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zur Formulierung einer Stellungnahme des ZdK. Ihr gehörten immerhin drei Mitglieder des Lenkungsausschusses für Bioethik (CDBI) und damit Konventions-Mitverfasser an: Cornelia Rudloff-Schäffer (BMJ), der - inzwischen verstorbene - Prof. Furger und der katholische Priester und Bonner Philosophieprofessor Dr. Ludger Honnefelder. Ihm verdankt das ZdK den ersten Entwurf der Stellungnahme. Leiterin der Gruppe ist Dr. Eva-Maria Streier, im Hauptberuf Sprecherin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die in ihrer Denkschrift zur Forschungsfreiheit vom März 1996 dafür plädiert, daß *„...zu bedenken ist, daß das Zurücktreten des Grundrechts auf Leben.....gegenüber dem Grundrecht auf Forschungsfreiheit... (zum Beispiel zur Entwicklung von Therapiemöglichkeiten...) geboten sein kann“* - worüber seinerzeit nur Prälat Puschmann von der Caritas sein Entsetzen äußerte. Im ZdK-Hauptausschuß trug er jedoch jetzt mit dazu bei, daß dieser einstimmig die Stellungnahme billigte, die darin gipfelt, Unterzeichnung erscheine dem ZdK „wenn nicht geboten, dann zumindest vertretbar.“ So trugen die Konventionsverfasser erfolgreich zur ZdK-Stellungnahme und Umkehrung des ursprünglich kritischen Standpunktes bei.

Die Unterzeichnenden fordern ihren Anspruch auf Teilhabe an der politischen Willensbildung ein. Sie äußert sich - lt. Bundesverfassungsgericht - „nicht nur in der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern auch in der Einflußnahme auf den ständigen Prozeß der politischen Willensbildung“. Was alle angeht, müssen alle entscheiden. In einer breiten, öffentlichen Diskussion, die nicht abgedrängt werden darf in Ethik-Gremien ohne Wählerauftrag bei ihrer Einberufung, und schon gar nicht ohne Wählervolk als Mitwirkende. Hier geht es um Fortbestand oder drohende Aufweichung zentraler Grundrechte. Für sie treten wir mit allem Nachdruck ein und erwarten von den von uns gewählten Abgeordneten bei einer Ratifizierungsdebatte mit n a m e n t l i c h e r Abstimmung ohne Fraktionszwang das gleiche.

© Verfasserin: Ursel Fuchs, Düsseldorf f. d. Internationale Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention für Europa. Mitgetragen wird dieses Papier von nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten und Institutionen:

Unterzeichnerliste „Bürger gegen Bioethik“ - Kritik-Koordination vom 1./2. Oktober 1997
„Keine Mindeststandards für Menschenrechte!“ „Stopp für Ratifizierungsprozeß der Konvention!“
- Stand Jan. 98: über 100 Verbände, ca. 8000 Einzelpersonlichkeiten -

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, MdB CDU

Robert Antretter, MdB SPD, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Ilse Falk, MdB CDU

Dr. med. Wolfgang Wodarg, MdB SPD

Hubert Hüppe, MdB CDU

Joschka Fischer, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne

Klaus Körner, Referent für Behindertenpolitik, Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Waltraud Kieß, Referat für Behindertenpolitik, Bündnis 90/Grüne im Bundestag

Marina Steindor, MdB Bündnis 90/Die Grünen

Hiltrud Breyer, MdEP Grüne im Europaparlament

Andrea Fischer MdB Bündnis 90/Die Grünen

Volker Beck, MdB, Rechtspolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen

Irmingard Schewe-Gerigte, MdB Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Therese Neuer-Miebach, Marburg, „Bundesvereinigung Lebenshilfe f. Menschen mit geistiger Behinderung“ e.V.

Vereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Hannover/Niedersachsen

Ernst Schmidt, 1. Vors., Wolfgang Titz, 2. Vors., Helmut Forner, Geschäftsführer, f. „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Landesverband Berlin mit 1600 Mitgliedern

Lebenshilfe für Behinderte - Gemeinnützige GmbH, Hannover

Karl Finke, Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen

Renée Krebs-Rüb, Mitarbeiterin im Büro des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen

Pico Jordan, Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags

Uwe Schwarz, Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Hulle Hartwig, MdL SPD, Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Gertraude Kruse, MdL Nieders. Landtag

Elke Fank, Senatsbeauftragte für Behindertenfragen, Hamburg

Dr. Hase, Behindertenbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein

Wolfgang Gütlein, der Landesbeauftragte für Behindertenfragen Saarland

Deutscher Frauenrat e.V., Bonn, 52 Mitgliedsorganisationen mit ca. 11 Millionen Frauen

Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Gütersloh

Dr. Friedrich Leidinger, Arzt f. Psychiatrie, Landschaftsverband Rheinland, Köln

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Goetze-Clarén, Direktor d. Forum Ethik in der Medizin an der Universität München

Dr. Burkhard Stahl, Dipl. Psych., Rotenburger Werke der Inneren Mission, Rotenburg/W.

Ina Stein, 2. Bundesvorsitzende Sozialverband Reichsbund

Ganzheitliches Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter und chronisch kranker Frauen, Heidelberg

Rolf Oleinik, Traben-Trarbach, f. d. Bundesfachkonferenz für Behindertenarbeit d. Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (17.-19.10. in Rummenol)

Christa Ernst, Lehrte, Sozialverband Reichsbund, Landesverband Niedersachsen

Ralf Behrens, Sorgentelefon für pflegende Angehörige, Hannover

Bundesverband der Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind

Bundesverband Herzkranker Kinder, Aachen

Eleonore Kuwaja, f. Vorstand der Internationalen Liga für Menschenrechte, Berlin

Ingeborg Rürup, Stellv. Vorsitzende der Humanistischen Union, Berlin

Dr. Martin Kalusche, Leiter der Ev. Einrichtung Diakonieverein Sondershausen Ebeleben e.V. für Geistigbehinderte

Karl Marien Haus, Thüringen, und 15 MitarbeiterInnen

Wolfgang Milcke, LAG - Hilfe für Behinderte Baden-Württemberg, Stuttgart

Fachverband Diakonische Behindertenhilfe in Thüringen

Dr. Paolo Bavastro, Leitender Arzt, Filderklinik, für die „Europäische Initiative gegen Bioethik“ mit über 100 000 Unterschriften gegen die Bioethik-Konvention

Dr. Michael Wunder, für die Grafenecker Erklärung, 55 000 Unterschriften

Wilma Kobusch, Gelsenkirchen, Internationale Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention für Europa

Heinz Krus, Rektor d. Gustav-Werner-Schule f. Geistigbehinderte, für „Runder Tisch Ulm“, 13 000 Unterschriften

Dr. Rolf Lorenz, Tübingen, für die Tübinger Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention, mit 584 Unterschriften

Dr. Hartmut Sautter, Dipl..Psych., Tübingen (PH Ludwigsburg)

Annemarie und Horst Steinle, Reutlingen, „Reutlinger Initiative gegen die Bioethik-Konvention“

Erika Feyerabend, Essen, für „Bioskop - Forum z. Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien e.V.“

Dr. Thomas Mäule, Stuttgart, **Theologisches Referat beim Diakonischen Werk Württemberg**
Diakonie-Bezirksstelle Stuttgart, Filderstadt, Echterdingen : 23 Unterschriften
 Prof. Dr. Norbert Greinacher, Abteilung für **Prakt. Theologie, Kathol. Theolog. Seminar, Universität Tübingen**
 Prof. Dr. Hans Grewel, **Prof. für Evangelische Theologie und ihre Didaktik, Universität Dortmund**
 Andreas de Kleine, Wuppertal, für „**Solidarische Kirche im Rheinland**“
 Pfarrer Klaus v. Lüpke, **Behindertenbeauftragter des Ev. Stadtkirchenverbandes Essen**
 Pfarrer Siegfried Soth, **Stellv. Superintendent des Ev. Kirchenkreises Essen-Nord und Vorsitzender des Synodalausschusses für ethische Fragen der Biotechnologien**
 Pfarrer Peter Burkowski, **Superintendent Ev. Kirchenkreis Recklinghausen**
 Michael Wiese, **Diakonisches Werk Recklinghausen, sowie 112 MitarbeiterInnen aus Altenheimen und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen im Kirchenkreis Recklinghausen**
 Pfarrer Dr. Jürgen Runge, **Präses der Synode der Ev. Kirchenprovinz Sachsen**
 Pfarrer Dr. Rainer Hennig, **Beauftragter für Umweltfragen, Landeskirchenamt der Ev. Luth.Kirche in Bayern**
 Gerhard Leidorf, Pädagog.-Theol. Leiter, für die **Baunataler Werkstätten im Diakonischen Werk Kurhessen-Waldeck, Kassel**
 Dr. theol. h.c. Ulrich **Bach**, Pastor i.R., Kierspe-Rönsahl, **vormals Volmarstein**
Gustav-Werner-Stiftung zum Bruderhaus, Wohngruppenverband Reutlingen, 15 Unterschriften
 Erhard Scholz, Günther Wessel, Werner Kiehl, Ulrich Keuthen für **Caritasverband und -heime Brilon**
Caritasverband Stuttgart/ Caritas Behindertenhilfe mit den Unterschriften von Joachim Bayer, Ingrid Turba, Irmgard Reik, Herman Josef Ihl, Thomas Rückert, Daniela Tewes, Brigitte Florin, Thomas Schneider u.a.
Arbeitsgemeinschaft der Caritas-Einrichtungen der Behindertenhilfe in Niedersachsen, Osnabrück
 Gräfin von Westphalen, **CDL „Christdemokraten für das Leben“**
 Dr. Anne Waldschmidt, Bonn, „**Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik**“
Fachschaft Sonderpädagogik an der C.v.-Ossietzky-Universität, Oldenburg
 Mitarbeiterinnen des **Bauchhof, Sozialtherapeutische Gemeinschaft**
 Ilse Maresch, **Theologin**, Bonn, mit 132 Unterzeichnenden

Dr. Ursula Fischer, Erfurt (PDS im Landtag Thüringen)
Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, Mössingen, 5 Unterzeichnende
Reutlinger Initiative gegen die Bioethik-Konvention, 18 Unterzeichnende
 Christina Wollny, **Berliner Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention**, und 18 Unterzeichnende
Ambulante Dienste, Berlin : 16 Unterzeichnende
Sammelliste Berlin-Magdeburg: 29 Un terzeichnende
Sammelliste Oldenburg: 15 Unterzeichnende
St. Vincenzhaus, Priv. Sonderschule für Lernhilfe mit Klassen für Geistigbehinderte und Heim für mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche, Cloppenburg mit 43 Unterzeichneten
Jugendburg Stiftung Heiligkreuz, Cloppenburg, mit 12 Unterzeichneten
Hans Jochimsen, für Schloß Hoym e.V., Heime zur Eingliederung geistig und mehrfach behinderter Menschen
Blisse 14, Sozialtherapeutisches Zentrum für Körperbehinderte der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin
 Gisela Maina, **BSZ Aktivitäten-Laden, Berlin**
 Trudl Etter, **Behindertenclub 47, Berlin**
 Magdalene Klatt, **Selbsthilfe und Hilfe Behinderter Berlins e.V.**
 Horst Etter, für **Behinderten-Liga e.V. und Offenes Behindertenparlament Berlin-Brandenburg**
 Jutta Sikarew, Gerda Klenner, Elvie Haugk, Karin Weinert, Cecilie Müller, Marie Flustek, Andrea Schölzel, Dieter Lietze, Rosemarie Höwig, Hildegard Wendorff, alle Berlin
GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen e.V. , Bundesgeschäftsstelle Berlin
 H. Tank, Christine Wieland, Klaus Kloppenburg, E. Rugallis, Burghard Nedelt, Frauke Schild, Heinz Jacobi, Alice Jeanette Almond, Dirk Matheja, Bahram-Akbari, Gerhard Beerfacker, alle Hannover
 Ilona Jürgens, **Rheuma-Liga A.G. Bad Essen**
 Dr. Monika Schumann, **Institut für Reha-Pädagogik der Martin-Luther-Universität, Halle/Saale**
Heggbacher Einrichtungen, Kinderheim Ingerkingen, Schemmerhofen, mit 40 Unterzeichneten
 Hans-Jürgen Lahann, Langen, für **Arbeitskreis „HerzKind und Ethik“ in „HerzKind e.V.“, Selbsthilfe Eltern herzkranker Kinder**
 Prof. Dr. Ulrich Oskamp, **Universität zu Köln, Sondererziehung und Rehabilitation der Körperbehinderten**, und 10 Mitunterzeichnende
 Jörg Meier, Oldenburg
 Horst und Ellen Zimmermann, „**Gemeinsam Leben gemeinsam Lernen**“, Niedersachsen
Institut für systemische Beratung Behinderter, Trebel
Bundesverband der Interessenvertretung „Selbstbestimmt leben“, Kassel
Mädchenprojekt Erfurt e.V.
Netzwerk behinderter Frauen e.V. Berlin,
 u.a. mit einer Unterschriftenliste zahlreicher Unterzeichnerinnen bei einer Veranstaltung der **Frauen-Union**

Netzwerk Artikel 3

Hubert Sorg, Vorstand **Stiftung Haus Lindenhof, Träger von Einrichtungen für behinderte und alte Menschen**, mit 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern , Schwäbisch Gmünd , und zwei Dutzend Unterzeichneten
Stiftung „Lebensnerv“ e.V.

Pfarrerin Sibylle Schol, für die **Gesamtkirchengemeinde Ravensburg**

Ev. Kirchengemeinde Marl-Sinsen, das Presbyterium

St. Maria-Elsabeth-Haus, Langzeiteinrichtung für geistig und mehrfach behinderte Erwachsene, B ad Laer

Gerhard Blunert, Geschäftsführer b. **Evangelischen Bildungswerk Oberschwaben, Ravensburg**

Haus Kamillus/ Lindenhof, Ellwangen, mit 42 Unterzeichneten **Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V. , Düsseldorf**

Evangelische Kirchengemeinde Langenbochum-Scherlebeck, mit 58 Unterzeichneten

Gertrud Hascher-Rommelspacher, Ravensburg

Prof. Dr. med. Linus Geisler, Gladbeck

Prof. Dr. med. Peter Petersen, Vera Petersen, Hannover

Gerda Esser, Juristin, Hagen

Ingeborg und Günter Köberich, Düsseldorf

Dr.Aart van Soest, Allgemeinarzt und Tropenmedizin, Tübingen

In der Ökumenischen Stadtkonferenz Waltrop - St. Peter, St. Marien, St. Ludgerus, Evangelische Kirchengemeinde

Prof. Dr. Ludolf Müller, Gerlinde Müller, Tübingen

Prof. Dr. Eduard Picker, Elke Picker, Tübingen

Margret Meyer, Bonn, Marianne Thelen , Bonn, Eva Nagy Solingen

Kath. St. Blasiusgemeinde, Mägerkingen, 89 Unterzeichnende

Männerarbeit d. Ev. Kirche in Westfalen, Herford: 28o Unterzeichnende

Vorstand des **Vereins Nachbarschaftshilfe Haus Prinzenallee e.V. Berlin**, mit 12 Unterzeichneten

Fraueninitiative Neuhaus e.V. 98724 Neuhaus /Rwg.

Marlies Gehle, 2. Vorsitzende d. **Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind - Hilfen für Kinder mit Asthma, Ekzem oder Heuschnupfen e.V.**, Garbsen , Pastor Friedhelm Harms, Pastor Bert Schwarz, Barbara Paldauf, Dipl. Soz-Päd Silke Kreunig, Christan Witte, alle Hannover, Silva Meyer, Springe, Matt. B rodtmann, Heidrun Mühlau, Oliver Schünemann, Hsannover, Diana Petriar, Barsinghausen

Diakonische Einrichtung Paulinenpflege Winnenden, mit 1o Unterzeichneten

Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, mit 1o Unterzeichneten

Stiftung Haus Lindenhof, Träger von Einrichtungen für behinderte und alte Menschen, Schwäbisch-Gmünd, 264 UnterzeichnerInnen

Sr. M. Olafa Mayer, Vorsitzende des **Arbeitskreises Bioethik in den Heggbacher Einrichtungen**, 88 437 Maselheim - 55o ehinderte Menschen in Wohnheimen, 75o Beschäftigte in Werkstätten

Pfarrer Dr. Holfelder, Hamburg, mit 49 UnterzeichnerInnen

Heimstatt-Clemens-August-Stift, Neuenkirchen, Oldenburg , m. 61 Unterzeichnenden

„Die Gruppe“, Kiosk in der Marktgasse, Tübingen, mit 4o Unterzeichnenden

Evangelische Diakoniestation, Tübingen, mit 51 Unterzeichnenden

Karl-Schubert-Schule für Seelenpflege - Bedürftige Kinder e.V. , Stuttgart, 1o Unterzeichnende

Evangelische Erwachsenenbildung, Kirchenkreis An Sieg und Ruhr , Siegburg, 13 Unterzeichnende

25 UnterzeichnerInnen beim **Bundeskongreß Bündnis 9o / die Grünen** zur Gentechnik 12. 10. 97 in Berlin:

Heggbacher Einrichtungen, Maselfeld: Sr. M. Christiane und 198 Unterzeichnete

Prof. Dr. Wolfgang Jantzen, Bremen

Dr. Jens Heisterkamp , Journalist, Frankfurt

Günther Heiden, Berlin

Dr. Hans Brunnert, Biologe /Prof. Dr. Erika Hickel, Pharmazeutin, Braunschweig

Prof. Dr. Klaus Wöhrmann, Tübingen

Dr. Edith und Prof. Dr. Georg Schieferstein, Tübingen

Dr. Bart Maris, Gynäkologe, Osnabrück

Anne Becher-Hülshoff, Düsseldorf, Berufsschulpfarrerin

Nicola Feels, Osnabrück

Sybille Deister, Harsum,

Jörn Heher, Zahnarzt, Tübingen

Prof. Dr. Ursula Pixa-Kettner, Universität Bremen, Studiengang Behindertenpädagogik

Dr. Heike Ehrig, Universität Bremen, Studiengang Behindertenpädagogik

Ev. Luth. Pfarramt, Wonsees über Bamberg

Pfarrerin Sibylle Schol, Pfarramt Südstadt

Ev. Erwachsenenbildung, Gesamtkirchengemeinde Ravensburg

Hephata, Direktor G. Ringwald, Hessisches Diakoniezentrum e.V.,

Diakonisches Werk Pfalz, Gisela Broers, Speyer

Pfr. Gerhard Bender, f. d. Vorstand der Johannes-Anstalten Mosbach

Hospiz-Bewegung, Josef Schmitz, Duisburg-Hamborn
Ev. Rotenburger Werke der Inn. Mission, Maria Kiss, Rotenburg
Lebenshilfswerk, Wohnstätten Marburg, L. Schneider, Marburg
 Britta Hübener, Mannheim
 D. Ulrich Bach, Pastor i. R., Kierspe-Rönsahl
Baunataler Werkstätten, Diak. Werk Kurhessen-Waldeck
 Partner für psychisch Kranke , e.V., Eschwege,
Ev. Kirchenkreis Oberhausen,
Heimstatt-Stiftung, Augsburg
Johannes-Anstalten Mosbach, Mitarbeitervertretung (MAV), 74 819 Mosbach
Paul Binder, Bez-Sekr. Ev. Akademie Bad Boll
Lichtenau - Orthopäd. Klinik und Reha-Zentrum der Diakonie e.V., 37 235 Hessisch-Lichtenau
Dr. Hartmut Sautter, Dipl.-Psych., Tübingen
Solidarische Kirche i. Rheinland, Generalsekretär Andreas de Kleine, Ravensberger Str. 128,
 42 117 Wuppertal
Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V., Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen e.V., Thomas-Mann-
Str. 49 a, 53111 Bonn
Clemens-August-Stift, Neuenkirchen (OLDENBURG)
Ev. Erwachsenenbildung, Kirchenkreis An Sieg und Rhein, Siegburg
Grüne Liga , Netzwerk Ökol. Bewegungen, Berlin
Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, Mössingen
Karl-Schubert-Schule für seelenpflege-bedürftige Kinder e.V., Stuttgart
Ev. Diakoniestation Tübingen,, 72o 72 Tübingen
Gertrud Hauber, Vors. Körperbehind. Verein Ostwürttemberg, Aalen
Diakon. Werk Reutlingen
 Dr. med. E. Pflüger , Lungen- und Bronchialheilkunde, Schwelm
Michaelisstift Gefell, Diak. Werk der Ev.Luth. Kirche Ghüringen e.V.
Eckardtsheim, v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel, Pastor Albrecht Wolf
Eckardtsheim, v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel, Gerhard Klekamp
Dr. Volker Bahl, DGB Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Mainz
Ev. Johannes-Kirchengemeinde Recklinghausen, Recklinghausen
Lebenshilfe für Behinderte Gemeinn. GmbH, 3o 165 Hannover
Dr. Rainer Hennig, Umweltbeauftr. d. Ev. Luth. Kirche in Bayern, München
Ökumen. Stadtkonferenz Waltrop
Stiftung Haus Lindenhof - Schwäbisch Gmünd
Caritas Wohnheime, Brilon
Dr. Monika Schumann, Halle/Saale
St. Maria-Elisabeth-Haus, Bad Laer
Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind e.V. Herborn
Fraueninitiative Neuhaus e.V., Hella Klingberg, Neuhaus/Rwg.
Verein Nachbarschaftshilfe Haus Prinzenallee , Berlin
Ev. Kirchengemeinde Langenbochum , Herten
Paulinenpflege Winnenden
BAG MarfanHilfe e.V., Hamm
Heggbacher Einrichtungen, Maselheim
Stiftung Haus Lindenhof, Schwäbisch Gmünd
Univ. Köln - Sondererziehung und Reha der Körperbehinderten, Prof. Dr. U. Oskamp,Köln
Michael Wiese, Diakon. Werk Kirchenkreis Recklinghausen, Recklinghausen
Gustav Werner Stiftung zum Bruderhaus,Reutlingen
 Franz Vogler, Abtsgmünd
Albrecht Roebke, Pfarrer z.A.,
Ev. Luth. Pfarramt, Marktplatz 18. 96 197 Wonsees über Bamberg
Pfarrerin Sibylle Schol, Pfarramt Südstadt
Ev. Erwachsenenbildung, Gesamtkirchengemeinde , Seestr. 26, 88214 Ravensburg
Hephata, Direktor G. Ringwald, Hessisches Diakoniezentrum e.V., Franz-von-Roques-Str. , 34 613 Schwalmstadt
Diakonisches Werk Pfalz, Gisela Broers, Karmeliterstr. 2o, 67346 Speyer
Pfr. Gerhard Bender, f. d. Vorstand der Johannes-Anstalten Mosbach, Neckarburkener Str. 2-4, 74821 Morsbach
Hospiz-Bewegung, Josef Schmitz, Beecker Str. 23o, 47 166 Duisburg-Hamborn
Ev. Rotenburger Werke der Inn. Mission, Maria Kiss, Postfach 1571, 27 345 Rotenburg
Lebenshilfswerk, Wohnstätten Marburg, L. Schneider, Industriestr. 14, 35o41 Marburg
 Britta Hübener, L 8, 6, 68 161 Mannheim (Schulbuchautorin, Mitherausgeberin e. Ethik-
 Unterrichtszeitschrift)
 D. Ulrich Bach, Pastor i. R., Weidenstr. 21, 58566 Kierspe-Rönsahl

Baunataler Werkstätten, Diak. Werk Kurhessen-Waldeck, Pfr. Leibold, Kirchbaunaer Str. 19, 34225
 Partner für psychisch Kranke , e.V., Bremer Str. 1, 37 269 Eschwege,
Ev. Kirchenkreis Oberhausen, Marktstr. 152, 46 045 Oberhausen
Heimstatt-Stiftung, Oberländer Str. 100, 86 163 Augsburg
Johannes-Anstalten Mosbach, Mitarbeitervertretung (MAV), 74 819 Mosbach
Paul Binder, Bez-Sekr. Ev. Akademie Bad Boll, Haus der Begegnung, Schliffkopfstr. 5,
 7033 Herrenberg
Lichtenau - Orthopäd. Klinik und Reha-Zentrum der Diakonie e.V., 37 235 Hessisch-Lichtenau
Dr. Hartmut Sautter, Dipl.-Psych., Blaihofstr. 80, 720 74 Tübingen
Solidarische Kirche i. Rheinland, Generalsekretär Andreas de Kleine, Ravensberger Str. 128,
 42 117 Wuppertal
Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V., Dachverband Psychosozialer Hilfsvereinigungen e.V., Thomas-Mann-
Str. 49 a, 53111 Bonn
Clemens-August-Stift, Bahnhostr. 13 a, , 49 430 Neuenkirchen (OLDENBURG)
Ev. Erwachsenenbildung, Kirchenkreis An Sieg und Rhein, Zeughausstr. 7, 53 721 Siegburg
Grüne Liga , Netzwerk Ökol. Bewegungen, Friedrichstr. 165, 10 117 Berlin
Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, Postfach 1226 , 72 110 Mössingen
Karl-Schubert-Schule für seelenpflege-bedürftige Kinder e.V., Obere Weinsteige, 70 597 Stuttgart
Ev. Diakoniestation Tübingen, Hechinger Str. 13, 720 72 Tübingen
Gertrud Hauber, Vors. Körperbehind. Verein Ostwürttemberg, Bismarckstr. 91, 75453 Aalen
Diakon. Werk Reutlingen, Planie 17, 72764 Reutlingen
 Dr. med. E. Pflüger , Lungen- und Bronchialheilkunde, Allergologie , Präsidentenstr. 34
 58 332 Schwelm
Michaelisstift Gefell, Diak. Werk der Ev.Luth. Kirche Ghüringen e.V.
Hofer Str. 30, 07926 Gefell
Eckardtsheim, v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel, Pastor Albrecht Wolf
Eckardtsheim, v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel, Gerhard Klekamp
Werkhofstr. 7, 33 689 Bielefeld
Dr. Volker Bahl, DGB Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Kaiserstr. 26-30, 55 116 Mainz
Ev. Johannes-Kirchengemeinde Recklinghausen, Hinsbergstr. 14, Recklinghausen
Lebenshilfe für Behinderte Gemeinn. GmbH, Büttnerstr. 8, 30 165 Hannover
Dr. Rainer Hennig, Umweltbeauftr. d. Ev. Luth. Kirche in Bayern, PF 200751, 80007 München
Ökumen. Stadtkonferenz Waltrop
Stiftung Haus Lindenhof - Lindenhofstr. 127, 73529 Schwäbisch Gmünd
Caritas Wohnheime, Mühlenweg 58, Herrn Erhard Scholz, 59929, Brilon
Dr. Monika Schumann, Inst. Reha-Pädagogik, Martin-Luther Univ. Halle/Saale
St. Maria-Elisabeth-Haus, Elisabethstr. 2, 49 193 Bad Laer
Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind e.V. Marlies Gehle , Hauptstr. 29, 35 745 Herborn
Fraueninitiative Neuhaus e.V., Hella Klingberg, Th.-Mann-Str. 98724 Neuhaus/Rwg.
Verein Nachbarschaftshilfe Haus Prinzenallee 880, 13 359 Berlin
Ev. Kirchengemeinde Langenbochum , Ackerstr. L, 45 701 Herten
Paulinenpflege Winnenden, Postfach 540 , 71 353 Winnende
BAG MarfanHilfe e.V., Postf. 23 22, 59 013 Hamm
Heggbacher Einrichtungen, Heggbach 1, 88 437 Maselheim
Stiftung Haus Lindenhof, Lindenhofstr. 127, 73 529 Schwäbisch Gmünd
Univ. Köln - Sondererziehung und Reha der Körperbehinderten, Prof. Dr. U. Oskamp,
Klosterstr. 79 b, 50 931 Köln
Michael Wiese, Diakon. Werk Kirchenkreis Recklinghausen, Limperstr. 15, 45 657 Recklinghausen
Gustav Werner Stiftung zum Bruderhaus, Burgstr. 2, 72 764 Reutlingen
 Franz Vogler, Abtsgmünd
Albrecht Roebke, Pfarrer z.A., Wilhelm-Levison-Str. 22, 53 115 Bonn

und insgesamt **über 10. 000 Einzelpersonlichkeiten**

BÜRGER GEGEN BIOETHIK

KRITIK-KOORDINATION ZUR GEPLANTEN BIOETHIK-KONVENTION

c/o Ursel Fuchs Kaiser-Wilhelm-Ring 19 40 545 Düsseldorf Tel./Fax 0211 - 55 10 37

„Internationale Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention des Europarates“

Pressemitteilung - mit der Bitte um Veröffentlichung

19.12.1997

Parlamentarische Präzisionsarbeit „ohne Ansehen der Fraktion“

Mit der Anfrage zum „Schutz einwilligungsunfähiger Menschen bei Forschungsvorhaben“, dem lt. Bundesregierung zentralen, in der Öffentlichkeit jedoch umstrittensten Punkt des Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin („Bioethik-Konvention“) legen 57 Abgeordnete aus CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unmittelbar vor der Weihnachtspause der Bundesregierung ein Dokument parlamentarischer Präzisionsarbeit vor, das die Verantwortlichen im Bundesjustizministerium zum Jahresanfang 1998 energisch in die Pflicht nehmen dürfte, bevor die zugesicherte, jedoch noch ausstehende breite öffentliche Debatte geführt werden kann, zu der allein im Februar drei Veranstaltungen in Bonn geplant sind.

19 Fragen dieser Anfrage gehen der Vereinbarkeit des verfassungsrechtlich brisanten Artikels 17.2 - fremdnützig Forschung an sogenannten nicht einwilligungsfähigen Menschen - mit deutschem Recht auf den Grund, sondieren nationalen gesetzlichen Handlungsbedarf, leuchten die Untiefen des Textes aus, der weniger etwaige Schutzkriterien für Patienten als vielmehr forschungsfreundliche Modalitäten schafft für wettbewerbsfähige klinische Forschung der forschenden Industrie.

So wird mit dem durchgängigen Einheitsbegriff „intervention“ (= Eingriff) die bedeutsame Grenze zwischen Heilversuch und Forschung verwischt, für Menschenversuche werden als Kriterien „minimale Belastung“ und „minimales Risiko“ genannt, diese jedoch nicht präzisiert, und offen bleibt, wer als „representative“ (=Vertreter) die Einwilligung der Versuchsperson ersetzen soll.

Da mutet es zynisch an, wenn Verfassungsrechtler im Justizministerium sich 1995 zitieren ließen, sie hätten keine verfassungsrechtlichen Bedenken. „...Trost und Sinn für den Kranken könne auch darin gefunden werden, daß er Forschungszwecken dienen und damit dazu beitragen könne, anderen vergleichsweise betroffenen Menschen zu helfen“, oder wenn die Zentrale Ethikkommission der Bundesärztekammer wie auch das Bundesjustizministerium etwaige mutmaßliche Zustimmung der Betroffenen für ausreichend erachten möchten. Und ebenso, wenn Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig in „Aufzeichnungen zu Sachstand und Zielsetzungen“ der Konvention (29.9.97) Einwände gegen fremdnützig Forschung an Kindern aus dem Kindeswohl mit dem Hinweis beendet: „Vereinzelt wird aber die Auffassung vertreten, im Hinblick auf den pädagogischen Wert eines gemeinschaftsnützigen Opfers sei auch die Einwilligung in fremdnützig Forschung mit dem Wohl des Kindes zu vereinbaren.“

Daß hier Menschen in zwei Klassen - solche mit Einwilligungsfähigkeit und solche ohne diese - eingeteilt werden, wobei die besonders Schutzbedürftigen zum Wohle Dritter und der Forschung instrumentalisiert werden - hat in Deutschland massive Proteste ausgelöst: Menschenwürde und Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, in den Grundgesetzartikeln 1 und 2 garantiert, drohen der Forschungsfreiheit nachgeordnet zu werden.

Für die Kritik-Koordination ‘Bürger gegen Bioethik’ zeigt die überparteiliche Anfrage, daß die die seit vier Jahren anhaltenden millionenfachen Proteste der Wählerinnen und Wähler - von der Grafenecker Erklärung bis zur Tübinger Initiative oder dem Runden Tisch in Ulm und vielen anderen Initiativen - vor allem zu diesem umstrittensten Punkt der Konvention bei nicht wenigen Abgeordneten angekommen sind und „ohne Ansehen der Fraktion“ mit diesem Fragenkatalog umgesetzt werden. Erst im letzten Vierteljahr fand der auch weiterhin laufende Appell „Keine Mindeststandards für Menschenrechte - Stopp für Ratifizierungsprozeß der Bioethik-Konvention“ der ‘Bürger gegen Bioethik’ überwältigende Resonanz:

Vor allem fast 100 große und namhafte Patienten-, Selbsthilfe- und Behindertengruppen, Sozialverbände, sowie Initiativen aus Medizin, aus heilpädagogischen und Behinderten-Einrichtungen beider Kirchen, aus Theologie und Politik, Landschaftsverbänden und Behindertenreferaten mehrerer Landesregierungen, dazu ca. 5000 Einzelpersonlichkeiten aus allen Schichten der Bevölkerung unterzeichneten den Appell. Prominenteste Unterzeichnerin ist die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth.

